

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1931**

359 (5.8.1931) Morgenausgabe

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 5. August 1931.

Bezugspreis: frei Haus monatlich 3.20 M.  
im voraus im Verlag oder in den  
Abbestellstellen abgeholt 2.— M. Durch  
die Post bezogen monatlich 2.80 M.  
Einzelpreise: Freitag-Nummer 10 Pf.  
Sonntags- und Feiertags-  
nummer 15 Pf. — Am Koll höherer  
Gewalt. Streik. Auslieferung usw.  
bei der Besizer keine Ansprüche bei  
Verkauf oder Rücknahme der  
Zeitung. — Abbestellungen können nur  
jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den  
Monats-Vertrag angenommen werden.  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Reihe  
0.40 M. Stellen- und Gesuche Familien-  
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden  
ermäßigter Preis. — Reklame-Reihe  
2.— M. an erster Stelle 2.50 M.  
Bei Wiederholung tarifierter Reklame,  
der bei Nichterhalten des Blattes, bei  
gerichtlicher Verurteilung und bei An-  
fordern außer Kraft tritt. Geschäfts-  
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Einleitung und Verlaß von  
: : Ferdinand Thierarten : :  
Bredelrechtlich verantwortlich: für Politik:  
H. Kimmig; für politische Nachrichten:  
Dr. F. Mayer; für badische Nachrichten:  
i. V. Dr. C. Schenck; für kommunal-  
politisch: H. Binder; für Lokales und Sport:  
H. Bolzberger; für das Feuilleton:  
M. Böhm; für Oper und Konzert:  
Ehrlich; für die Anzeigen: Ludwig  
Reindl; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: Kallertstraße  
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsru-  
her Nr. 8359. — Beilagen: Volk und  
Deimat / Literarische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Reise- und Wälder-Zeitung / Landwirtschaft,  
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Brünnings Appell an Vernunft und Ehrgefühl.

Anerkennung für das deutsche Volk / Für dauerhafte internationale Zusammenarbeit / Keine Inflationsgefahr / Aufruf zur Selbstbejüngung.

\* Berlin, 4. Aug. (Funkpruch.) Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Dienstag abend folgende Rede im deutschen Rundfunk: „Meine Damen und Herren! Seute vor sechs Wochen habe ich mich schon einmal von dieser Stelle an das deutsche Volk gewandt. Damals standen wir unter dem Eindruck des großen historischen Schrittes des Herrn Präsidenten Hoover, durch den Deutschland auf ein Jahr von der Zahlung der Reparationsverpflichtungen befreit werden sollte. Gleich damals habe ich vor der Illusion gewarnt, daß wir nach Annahme dieses hochherzigen Planes über die Gesamtheit der uns bedrängenden Nöte hinweg seien. Dieser Sorge hat die Entwicklung der Geschichte weiter recht gegeben.“

Das deutsche Volk hat die über alle Schichten hereingebrochen schweren Prüfungen mit vorbildlicher Ruhe über sich ergehen lassen und seinen natürlichen Sinn für Ruhe und Ordnung bewahrt, der die verdienende Anerkennung der ganzen Welt gefunden hat.

### Die Bedeutung der letzten Wochen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, von der Reichsregierung über die Bedeutung der letzten Wochen unterrichtet zu werden, zumal die berufene Volksvertretung, der Deutsche Reichstag, in staatsmännlicher Einsicht dem Wunsch der Reichsregierung gefolgt ist und von einer Sommertagung in diesen Krisenmonaten Abstand genommen hat.

Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, ohne Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse vorgehen, weil sie sich gewisser, in der Lage unseres Geldmarktes bedingter Gefahren bewußt war. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Daher haben sich für Aufsehenbeisende die politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse in den letzten sechs Wochen geradezu überfüllt.

Der Hooverplan ist in seinem wesentlichen Inhalt Wirklichkeit geworden, wenn auch seine mehrwöchige Verzögerung schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat. Die in diesen Wochen erfolgte Rückzahlung ausländischer Kredite in Milliardenhöhe aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen plötzlichen und gefährlichen Verlust. Starke Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens waren die notwendige Folge.

Ein bedeutsamer Fortschritt ist aber als Ergebnis dieser Krisis unverkennbar. Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, daß die Geschichte der Völker miteinander auf das Engste verflochten sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgewirkungen auch im Ausland bleiben können.

Kein Politiker kann mehr die Richtigkeit des Satzes bezweifeln, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil der anderen sein kann. Vor sechs Wochen sagte ich deshalb, daß das Gedeihen Europas und der Welt davon abhängt, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nunmehr weitsichtig zu den Entschlossenen sich aufreissen, welche die gemeinsame beklemmende Not von ihnen fordert. Ich sagte insbesondere, daß sich die deutsche Regierung bewußt sei, welche wichtige Rolle der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zufällt.

Aus solchen Erwägungen, die trotz aller Hindernisse in steigendem Maße bei den entscheidenden Faktoren sich durchzusetzen beginnen, ist es inzwischen zu dem deutschen Staatsbesuch in Paris gekommen, dem sich alsbald die Siebenmächtekonferenz in London anschloß. Dieser Konferenz folgten die Besuche der amerikanischen und englischen Staatsmänner in der Reichshauptstadt. Morgen abend gebe ich mich, einer Einladung der italienischen Regierung folgend, in Begleitung des Herrn Reichsaußenministers nach Rom.

Hoffentlich werden wir demnächst den in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausch bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in freimütiger Weise fortsetzen.

Die Ergebnisse dieser außenpolitischen Besprechungen sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Kooperation stehen soll. Zwischen den Erstlingsergebnissen solcher Zusammenkünfte und den durch die dringende Not erregten Hoffnungen wird immer eine schmerzliche Distanz bestehen. So sehr ich dieses Gefühl verstehe und würdige, so bedauerlich wäre es doch wenn solche Anfangsentscheidungen imstande wären, den entschlossenen Willen Deutschlands zu hemmen, auf dem beidrittenden, und auf die Dauer allein aussichtsreichen Wege weiterzugehen.

### Das Ergebnis von London.

Was das bisher auf der Londoner Konferenz erzielte Ergebnis anlangt, so wiederhole ich Bekanntes, wenn ich sage, daß zunächst der an die Reichsbank gegebene 400 Millionen-Kredit für drei Monate erneuert worden ist, daß durch gemeinsamen Beschluß der beteiligten Regierungen und durch Einwirkung auf die heimischen Banken weiterer Abzug von Krediten aus Deutschland verhindert worden ist und daß schließlich ein Komitee erster Bank- und Finanzfachverständiger in den nächsten Tagen beraten soll, um die Frage weiterer deutscher Kreditbedürfnisse zu prüfen und geeignete Vorschläge zu machen.

Zusage zu erreichen teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zurzeit ausgeschlossen ist. Darum ist vorerst Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen in seine eigene Kraft angewiesen.

### Sanierungs- und Stützungsmaßnahmen.

Ich erwähnte vorhin die Schwierigkeiten, in die ein Teil der deutschen Großbanken durch die plötzliche Abziehung großer Posten kurzfristiger Kredite gekommen war. Bei der Bedeutung, die die Großbanken in der gegenwärtigen Struktur unseres Bankwesens für die deutsche Gesamtwirtschaft haben, waren schnelle Entscheidungen der Reichsregierung notwendig. Sie kennen die Maßnahmen, die vor wenigen Wochen hinsichtlich der Darmstädter- und Nationalbank und in den letzten Tagen hinsichtlich der Dresdener Bank ergriffen worden sind. Auch in personeller Hinsicht werden geeignete Schritte erfolgen. Die Einschränkung von Bankfeiertagen gaben der Reichsregierung und den beteiligten Wirtschaftskreisen die Möglichkeit, mit Sorgfalt und in engem Zusammenwirken mit der Reichsbank und berufenen Sachverständigen des Inlandes und Auslandes alle die Maßnahmen vorzubereiten, die für eine planmäßige Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs erforderlich waren.

Durch die letzten Entscheidungen vom vergangenen Samstag wurde erreicht, daß vom kommenden Mittwoch an der Geldumlauf im Bar- und Ueberweisungsverkehr bei den Banken wieder in Gang gesetzt werden kann. In Verbindung damit waren einschneidende Bestimmungen zur Behinderung der Kapitalflucht und für den Verkehr mit ausländischen Devisen erforderlich. Aus der Schärfe der Bestimmungen, die bis zur Festsetzung von Zuchthausstrafen bei ehrolosem Verhalten und schweren Verstößen gegen diese Vorschriften gehen, möge man die Entschlossenheit der Reichsregierung entnehmen, volkswirtschaftlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit zu begegnen. Gewiß ist es richtig, daß bei der in Aussicht genommenen vorübergehenden Devisenbewirtschaftung durch die Landesfinanzämter in Einzelfällen fühlbare Härten eintreten können. Die Reichsregierung ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß diese durch die Not der Zeit erzwungenen Maßnahmen bei aller Schärfe ihrer Durchführung nicht wirtschaftsfördernd wirken. Mit den dargelegten Maßnahmen ist das zurzeit Notwendige geschehen, um den Geldumlauf von morgen ab wieder gewohnten Verhältnissen anzunähern.

### Die Kaufkraft des Geldes steigt.

Ich will nunmehr auf einige besonders wichtige Einzelheiten eingehen: Alles, was Reichspräsident und Reichsregierung in diesen Wochen anordnen mußten, hat mit Inflationsgefahr nicht das Mindeste zu tun. Im Gegenteil, die Ueberlegung liegt nahe, von seinem Gut haben es möglich ist, wenn es zuzuhören, ja, es wenn möglich noch zu erhöhen, weil die Kaufkraft des Geldes steigt.

Die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs hat auch den Sinn einer Frage an das deutsche Volk selbst, ob es in Selbstbejüngung auf seine eigene Kraft und Würde entschlossen ist, an der Gesundung des Zahlungsverkehrs und Wirtschaftsgeschehens aktiv teilzunehmen.

### Weitere Bombenanschläge in Südslawien.

Ul. Belgrad, 4. Aug. (Funkpruch.) Wie aus Vrhling an der Grenze zwischen Südslawien und Kärnten gemeldet wird, ereigneten sich am Montag mittag auch in der dortigen Grenzstation mehrere Bombenexplosionen. Der Anweisung des Verkehrsministeriums gemäß hatte man auf der Station die aus dem Ausland gekommenen Wagen abgehängt und durchsucht, wobei man einige Pakete mit Explosivstoffen fand. Die Kontrollorgane hatten jedoch bei der Durchsichtung eines Wagens mehrere Pakete übersehen, so daß kurze Zeit später dennoch Explosionen erfolgten. Ein Wagen 1. und 2. Klasse wurde dabei schwer beschädigt. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

### Ein verhüteter Anschlag.

am Wien, 4. Aug. (Eigener Bericht der „Bad. Presse“.) Auf der Strecke zwischen Bularek und Galak gelang es, ein Eisenbahnzug zu verhüten. Ein Streckenwärter fand die Schienen bei der Station Milias fünfzig Meter lang aufgerissen. Es gelang ihm, den Schnellzug Bularek-Galak zu warnen und eine Katastrophe zu vermeiden. Im Zusammenhang damit wurden 30 Personen verhaftet.

### Amey Johnson in Tschita.

— New York, 4. Aug. Die englische Fliegerin Amey Johnson traf am Montag abend in Tschita in Ostibirien ein. Nach kurzer Ruhepause setzte sie ihren Flug nach Tokio noch am gleichen Tage fort.

Notverordnungen und ergänzende Vorschriften können nur die erforderlichen technischen Maßnahmen bilden, um Störungen der Wirtschaft zu überwinden. Die Maßnahmen mit Inhalt und Wirksamkeit zu erfüllen, ist Sache eines aufgestellten Wirtschaftsvolkes selbst.

### Geldverkehr der Sparkassen.

Es ist richtig, daß wir zunächst davon absehen müßten, den vollständigen freien Kassenverkehr bei den Sparkassen so wie bei den Banken schon von morgen ab in Wirksamkeit treten zu lassen. Das aber hängt mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Sparkassen zusammen. Die Sparkassenvermögen sind so sorgfältig als möglich angelegt und zwar in erster Linie in der Anlageform, die man für die sicherste hält, d. h. in erstklassigen Hypotheken. Die Sicherstellung einer solchen Anlage muß aber zunächst damit erkaufte werden, daß die angelegten Gelder nicht in beliebiger Höhe zurückerzahlt werden können, weil Hypotheken ihrem Wesen nach langfristige Anlagen sind.

Reichsregierung und Reichsbank haben in voller Uebereinstimmung mit der Deutschen Girozentrale und den Sparkassen alles vorbereitet, um auch bei den Sparkassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen. Diese Dinge sind im Augenblick in Arbeit. Noch in dieser Woche muß und wird Klarheit über den Termin der Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs im Rahmen der Sparkassen bei den Sparkassen geschaffen werden.

Die Lage, wie sie nun einmal hauptsächlich durch den Abzug der Auslandsgelder entstanden ist, zwang uns, das Problem der Großbanken zunächst in Angriff zu nehmen. Denn die Ordnung der deutschen Großbanken kommt keineswegs oder überwiegend den großen Firmen und Kunden zugute. Die Gläubigertenten, die bei einer enghärtigen Erschütterung jener Banken zu Schaden gekommen wären, hätten sich auf viele Hunderttausende und zweifellos zum größten Teile auf mittlere und kleiner Wirtschaftskreise, auf Gewerbetreibende und Handwerker ausgewirkt. Weit über tausend Genossenschaften und Genossenschaftsbanken stehen mit der einen oder in Frage kommenden Großbanken in inniger Beziehung und wären von der Erschütterung unmittelbar und praktisch betroffen worden. Das besondere Eingreifen der Reichsregierung in diesem Falle war eine ausgesprochene Mittelmaßnahme.

Selbstverständlich kann die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechtes vorzubereiten. Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.

Und nun zum Schluß noch eine Antwort auf viele öffentlich und privat an mich gestellte Fragen: Die Reichsregierung nimmt nicht die Unsehbarkeit für sich in Anspruch. Sie ist in diesen entscheidungsreichen Wochen und Monaten, in denen sich oft in Stunden die Lage änderte, die Entscheidungen sich häuften, bestrebt gewesen, in allen Punkten das Beste zu tun, aber sie behauptet nicht, daß es ihr in allen Augenblicken gelungen ist. Für die Aufgaben und Entscheidungen, vor die sie gestellt sah, gibt es in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele. In solchen Zeiten hat es sich regelmäßig als besser erwiesen, rechtzeitig zu handeln, als in den unerfüllbaren Bestrebungen, das theoretische Vollkommene zu erreichen, zu zögern und die Stunde zu veräumen. Alles in allem genommen ist das Ziel jedenfalls erreicht, daß von morgen ab die Voraussetzungen für einen normalen Wirtschaftskreislauf der Güter und des Geldes gegeben sind.

Notwendig ist nunmehr, daß sich das Vertrauen, die unentbehrliche Ergänzung aller technischen Maßnahmen, stärke und endgültig befestige. Eine große ausländische Finanzhilfe ist — wie ich schon sagte — im Augenblick außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Was für die Stunde gilt, braucht aber nicht auf die Dauer zu gelten. Fremde Hilfe erfährt nur der, der sich zunächst selbst zu helfen weiß und damit das Vertrauen der Umwelt gewinnt. Einem Volk, das sich selbst nicht genügend Kraft zutraut, die Dinge laufen läßt und nur in der Kritik sich auszeichnet, wird niemand Achtung und Vertrauen schenken. Sieht aber die Umwelt, daß Kraftvolle Selbstbestimmung in schweren Stunden bei uns Deutschen sich steigert, so zweifle ich nicht, daß die Fortsetzung der internationalen Verhandlungen zur Erzielung zusätzlicher Kraftquellen in der Weltwirtschaft führen wird.

### Brüning und Volksentscheid.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, in Fortsetzung dieses Gedankens mich nun fragen, was ich vom Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages halte, so muß ich Ihnen erwidern, daß es sich staatsrechtlich um keine Reichs-, sondern um eine preussische Angelegenheit handelt. Als Staatsbürger — nicht als Parteipolitiker — aber erkläre ich Ihnen, daß Sie mich nicht an der Wahlurne sehen werden. Nicht Ueberprüfung der parteipolitischen Gegenstände ist das Gebot der Stunde, sondern ihre Fruchtbarmachung in einer diese Gegenstände überbrückenden schöpferischen Synthese der Kräfte, die bereit sind, einer im mahren Gemeinschaftsgeist aufgeschalteten Wirtschaftstheorie und einer aufbauenden Staatspolitik rüchhaltlos und uneigennützig Hand und Herz zu weihen. Nur so wird es Deutschland gelingen, im Rahmen der übrigen großen Staatsvölker seinen gleichberechtigten Platz zu erringen und zu behaupten und in aufrechter Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten seine ganze Kraft einzusetzen für die baldige Lösung der gewaltigen Aufgaben, vor die eine Weltnot ohnegleichen die Menschheit in dieser Stunde stellt.“

# Warum Devisennotverordnung

In Berlin, 4. August. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Erst allmählich läßt sich erkennen, welche Bedeutung eigentlich die Devisennotverordnung vom 1. August 1931 für unsere Handelspolitik besitzt. Sie ist natürlich im wesentlichen darauf abgestellt, den Devisenabfluß stark einzudämmen und gleichzeitig die Stillhaltung des Auslandes von innen heraus zu unterstützen. Durch die Devisenbewirtschaftung wird aber jeder Unternehmer, soweit er mit dem Ausland in Handelsverkehr steht, gezwungen, bei der Anforderung von Devisen dem zuständigen Finanzamt gegenüber den Nachweis zu liefern, für welche Waren er ausländische Noten gebraucht. Wie man hört, sollen die Landesfinanzämter in den Besitz sehr langer Verbotslisten gelangen. Es ist ganz selbstverständlich, daß im gegenwärtigen Augenblick jede unnütze Einfuhr auf das strengste unterbunden werden muß, besonders Einfuhr von Waren, die wir im eigenen Lande herstellen. Das Ausland wird auch diesmal wieder genau wie bei der Hunderter-Mark-Verordnung sehr unzufrieden sein. Wir könnten uns vorstellen, daß man hier und dort mit der Kürzung von Handelsverträgen drohen wird. Die Tatsache wird aber auch das Ausland nicht ablenken können, daß unsere schwierige Lage auf dem Weltmarkt die Anwendung drakonischer Maßnahmen notwendig macht und ihre ganze Einfuhr nach Deutschland ohne die Devisennotverordnung in der Luft hängen würde, weil eines Tages eine Zahlung nicht mehr möglich sein könnte, wenn bei einem Wegfall der Kontingenterne die Devisenbestände aufgebraucht sind.

Gegenüber den Befürchtungen, die im Ausland wegen der deutschen Devisennotverordnung gehegt werden, betont man in Berliner politischen Kreisen, daß es Deutschland nicht frei stehe, die Bewirtschaftung der Devisen durchzuführen, sondern daß es durch seine Lage dazu gezwungen sei. Das Ausland selbst habe Deutschland durch seine Kapitalabzüge veranlaßt, dagegen einen Damm zu errichten. Bei den Stillhalterhandlungen habe sich der größte Teil der Gläubiger zum Stillhalten entschlossen. Ein kleinerer Teil sei jedoch nicht damit einverstanden. Es könne nun dem größten Teil der Gläubiger nicht zugemutet werden, daß aus Deutschland weitere Devisen abgezogen würden. Wie ausdrücklich erklärt wird, richtet sich die Devisennotverordnung nicht gegen das Ausland, sondern sie ist lediglich zum Schutze der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft geschaffen worden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden in den nächsten Tagen Richtlinien hinsichtlich der Devisennotverordnung an die Landesfinanzämter ausgegeben werden. Es handelt sich dabei, so wird an zuständiger Stelle erklärt, um eine interne Angelegenheit, so daß eine Veröffentlichung der Richtlinien nicht beabsichtigt ist.

## Sparkassen und voller Zahlungsverkehr.

III. Berlin, 4. Aug. (Funkpruch.) Bei der am Mittwoch erfolgenden Wiedereröffnung des freien Zahlungsverkehrs sind bekanntlich die Sparkassen zunächst bis zum Wochenende noch einer gesetzlichen Beschränkung unterworfen. Die Bestrebungen, die sich auch mit dem gemeldeten Plan einer Lombardzentrale der Sparkassen befassen, sind wieder in den Hintergrund getreten, nachdem es gelungen ist, von der Aktzept- und Garantiebanc ebenso wie die Privatbanken ein größeres Kreditkontingent einzugewinnen zu erhalten. Daneben sind zur Zeit noch Verhandlungen im Gange, die eine Zusatzerhöhung der Länder für die einzelnen Landes Sparkassen bezwecken.

Im übrigen sind, wie der D.H.N. hört, von der Reichsbank über die bereits bereitgestellten weitere Mittel zur Deckung des Zahlungsmittelbedarfs der Sparkassen zur Verfügung gestellt worden. Da sich die Neigung der Einleger, ihre Sparkassen zurückzuziehen, etwas abgeschwächt hat und auch die Neuzahlungen auf freie Konten ein recht zufriedenstellendes Ausmaß haben, ist man in Sparkassenkreisen der Auffassung, daß die volle Freigabe des Zahlungsverkehrs auch bei den Sparkassen — mit der Einschränkung der jahresgemäßen Höchstauszahlung — doch zum Beginn der nächsten Woche erfolgen wird.

## Diskonterhöhung in der Tschechoslowakei.

Prag, 4. Aug. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse“.) Die tschechische Nationalbank hat mit Wirkung vom 5. August den Diskontfuß von 4 auf 5, den Lombard für Staatspapiere von 5 auf 6 und den Lombard für die übrigen Staatspapiere von 5,5 auf 6,5 Proz. heraufgesetzt. Der Beschluß der Diskonterhöhung erfolgte nach einer vorhergegangenen außerordentlichen Bantratsitzung, die gestern telegraphisch einberufen worden war. Der Bantrat hat sich zu dieser Maßnahme mit Rücksicht auf die stär-

kere Beanspruchung des Noteninstituts zum Ultimo gezwungen gesehen, ferner auch auf die geringe Hoffnung, daß die Sätze der Nachbarstaaten in absehbarer Zeit wieder normal sein würden, und weiter mit Rücksicht auf die englische Diskontpolitik.

## Marineschießübungen in der Kieler Bucht.

\* Kiel, 4. Aug. (Funkpruch.) Am Montag vormittag sind die Linienschiffe „Schleswig-Holstein“ mit dem Flottenkommando, und „Schlesien“ mit dem Befehlshaber der Linienschiffe „Hessen“ und „Sachsen“, sowie der Kreuzer „Königsberg“ mit dem Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, ferner der Kreuzer „Köln“, die erste Minenuch-Halbflotte mit den Booten M 113, 75, 122, 136 und 145 zu Artillerieschießübungen in der Kieler Bucht ausgelaufen. Die Schiffe werden voraussichtlich am Freitag abend zurückkehren. Die Übungen erreichten ihren Höhepunkt gestern und heute in einem Tag- und Nachtschießen. Als Ziele dienten U.Z.-Boote sowie Scheiben, die von Schnellbooten geschleppt wurden und Torpedoboote darstellten. Das fernleitbare Zielschiff „Jägerin“ konnte infolge einer Havarie nicht verwandt werden. Der militärische Erfolg der bisherigen Zielschießübungen ist gut. Konteradmiral Fö r s t e r sprach den beteiligten Schiffen seine Anerkennung aus. An den Schießübungen nahmen u. a. auch der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, teil.

# Deutscher Diplomaten Schub.

## Neue deutsche Vertreter in Bukarest, Athen und Teheran.

\* Berlin, 4. August. (Funkpruch.) Der Reichspräsident hat den Grafen Friedrich Werner v. d. Schulenburg zum Gesandten in Bukarest, den Geheimrat Ernst Eizenlohr zum Gesandten in Athen und Dr. Wipert v. Blücher zum Gesandten in Teheran ernannt.

Friedrich Werner Graf v. d. Schulenburg wurde 1875 geboren. Aus dem braunschweigischen Justiz- und Verwaltungsdienst



hervorgegangen, gehört er dem auswärtigen Dienst seit 1901 an. 1918 war er Mitglied der transtauasischen Delegation. 1919 wurde er wieder in das Auswärtige Amt einberufen und 1921 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Seit 1923 vertrat er das Reich als Gesandter in Teheran und wurde am 18. Juli 1931 zum Gesandten in Bukarest ernannt.

Dr. Ernst Eizenlohr ist 1883 in Heidelberg geboren. Er ging auf dem badischen Justizdienst hervor. 1911 wurde er in das Auswärtige Amt berufen und dem Generalkonsulat in London zugeteilt. 1912 zum Bizekonsul ernannt, wurde er 1913 mit der

## Rom und der Kanzlerbesuch.

Kr. Rom, 4. Aug. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse“.) Mit großem Interesse sieht man hier dem Besuch des Reichsanzlers Brüning und des Reichsaußenministers Curtius bei Mussolini entgegen. Botschafter von Schubert ist in ständiger Fühlung mit dem Palazzo Chigi, um die Einzelheiten dieses Besuchs zu vereinbaren. Was bisher in der Presse über die Gespräche thematisiert wurde, ist die den Gegenstand der römischen Unterredung bilden werden, sind keine Kombinationen. Man muß sich heute schon im klaren darüber sein, daß es sich bei dem römischen Besuch der deutschen Staatsmänner um eine Art Chequers handelt, daß also vorher kein detailliertes Programm ausgearbeitet wurde, sondern über die brennendsten und aktuellsten Probleme hier in großen Zügen gesprochen werden wird. Man verzichtet sich hier von der persönlichen Aussprache Brünings mit Mussolini eine Festigung der deutsch-italienischen Beziehungen und eine Klärung einiger dieser Beziehungen bisher hemmenden Differenzpunkte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die römischen Besprechungen den Auftakt für weitere Kombinationen wirtschaftlicher und politischer Art bilden werden. Große Bedeutung mißt man auch dem Besuch Brünings beim Papst zu. Gilt auch der römische Besuch in erster Linie Mussolini und der italienischen Regierung, so ist es doch nur natürlich, daß Brüning hier dem Oberhaupt der katholischen Kirche seine Anerkennung macht. Unter Botschafter beim Vatikan, von Bertram, ist vom Urlaub zurückgekehrt und trifft zurzeit die Vorbereitungen für die Einzelheiten des Kanzlerbesuches im Vatikan.

Leitung des Konsulats in Sao Paulo beauftragt. Von 1915 an im Heeresdienst, geriet er 1916 in Kriegsgefangenschaft und wurde nach seiner Rückkehr 1920 zum ständigen Hilfsarbeiter und Legationsrat im Auswärtigen Amt ernannt. Im Oktober 1920 erfolgte seine Ernennung zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Lissabon, und 1923 die zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Belgrad. 1925 wurde er in das Auswärtige Amt einberufen und 1926 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Am 31. Juli 1931 erfolgte seine Ernennung zum Gesandten in Athen.

Dr. Wipert v. Blücher ist geboren 1882 in Schwelm. Nachdem er für das Auswärtige Amt in Tanger, Teheran und Schanghai tätig war, trat er ab 1915 und 1916 im Heere Dienst. Im August 1916 wurde er der Gesandtschaft in Persien als Legationssekretär zugeteilt und trat 1917 wieder in den Heeresdienst zurück. 1918 wurde er in das Auswärtige Amt berufen und 1920 zum Legationsrat und ständigen Hilfsarbeiter ernannt. Im Jahre 1926 wurde er Botschaftsrat bei der Gesandtschaft in Buenos Aires. Von 1929 an war er im Auswärtigen Amt tätig und wurde am 27. Juli 1931 zum Gesandten in Teheran ernannt.

## Londoner Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“

\* Friedrichshafen, 4. Aug. Wie Kapitän v. Schiller dem Vertreter der Telegraphen-Union erklärte, wird die am 14. Juli verabschiedete Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ nach London nun am 18. August, morgens 7 Uhr, angetreten werden. Die Landung auf dem Flugplatz Heston bei London wird am 18. August abends gegen 18 Uhr erfolgen. Am 19. Uhr folgt eine Rundfahrt um die englischen Inseln. Nach einer kurzen Zwischenlandung am 19. August tritt das Luftschiff um 19 Uhr seine Heimreise nach Friedrichshafen an, wo es am 20. August früh 6 Uhr auf dem Westgelände landen wird.

## Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)  
Mittwoch, den 5. August.

- Vandestheater: Ein Walzertraum, 20—22.30 Uhr.
- Stadtgarten: Streichkonzert des Philharmon. Orchesters, 16—19.30 Uhr.
- Abendkonzert der Volkstheater, 20—22.30 Uhr.
- Rominaer: Grobes Gartenkonzert, 20.30 Uhr.
- Kaffeehaus: Künstlerkonzert, Gesellschaftsangaben.
- Kaffeehaus: Souboronzert, 20.30 Uhr.
- Kaffeehaus: Kabarett Kolon, „Fona“, Neues Programm.
- Kaffeehaus: Karnevalskongert, das stimmungsvolle Abendlokal.
- Wiener Hof: Tanz.
- Reisende-Vorstellung: Ständel am Gaa.
- Kolon-Vorstellung: Ich glanz nie mehr an eine Frau.
- Union-Theater: Menschen im Schlaf, Besprogramm.
- Schauburg: Am Weichen nichts Neues.
- Opera-Palast: Am Weichen nichts Neues.
- Atlantik-Vorstellung: Die Liebe läubte lie durchs Leben. — Im Kampf mit Luftpiraten.

## Die Volkszählung in Italien.

### Erste Ergebnisse. — Verlangsamung der Bevölkerungszunahme. — Der Zugang in die Großstadt und die hohe Kindersterblichkeit.

Von unserem römischen Vertreter  
Kurt Kornicker.

Am 21. April d. J., am Geburtstag Roms, fand in Italien die letzte Volkszählung seit der Schaffung des geeinigten Königreiches und die zweite seit Beendigung des Krieges, seit der Einverleibung der neuen Provinzen, statt. Dieser Volkszählung kommt insofern besondere Bedeutung zu, als sie im neunten Jahre der falschistischen Ära vor sich ging und man in ihr gewissermaßen schon die ersten Reultate der von Mussolini eingeführten Bevölkerungspolitik sehen will. In seiner bekannten Himmelfahrtsrede vom 26. Mai 1926 hatte Mussolini erklärt, die „politische und wirtschaftliche Macht der Nationen hänge von ihrer demographischen Potenz ab. Italien müsse, um in der Welt zu zählen, an der Schwelle der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mindestens eine Bevölkerung von 60 Millionen Menschen aufweisen.“

Wird dieses Kommando in Erfüllung gehen? Nach den ersten Ergebnissen der diesjährigen Volkszählung, die dieser Tage herauskamen, ist die in Italien am Stichtage anwesende Bevölkerung seit der letzten Zählung vom Jahre 1921 von 38,7 auf 41,1 Millionen Menschen, d. h. um ca. 6,1 Prozent angewachsen. Prozentuell berechnet ist das die geringste Bevölkerungszunahme, die je in einer hier immer zehn Jahre umfassenden Zählperiode verzeichnet wurde. In der vorausgegangenen Zählperiode, die den Zeitraum von 1911 bis 1921 umfaßte, also auch die gesamte Kriegszeit, wurde ein Wachstum von 6,8 Prozent festgesetzt. Die Zunahme im letzten Jahrzehnt erscheint um so geringer, wenn man berücksichtigt, daß die Auswanderung nach dem Kriege stark zurückgegangen ist. Wir sehen also auch in Italien eine offensichtliche Verlangsamung der Bevölkerungszunahme, die auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückzuführen ist, auf die wir noch näher eingehen werden und denen gegenüber sich die sogenannte neue Bevölkerungspolitik als ziemlich unwirksam erwiesen hat.

Wie steht es mit der Prophezeiung Mussolinis? Wird Italien bis zum Jahre 1950 die Sechzigmillionengrenze überschreiten? Nach den neuesten Ziffern und dem festgestellten, verlangsamten Rhythmus der Bevölkerungszunahme kaum. Selbst wenn man die letzte Wachstumsziffer zugrunde legt und annimmt, daß sich der Rhythmus nicht noch weiter verlangsamten werde, dürfte die Bevölkerung Italiens bis zum Jahre 1950 nur etwa 46 Millionen erreichen. Auch wenn man die im Ausland anwesenden Italiener, deren Zahl sich zur Zeit auf ca. 9 Millionen beläuft, hinzurechnet, kommt man noch immer nicht auf eine Gesamtziffer von 60 Millionen. Die Potenz und das

Schweregewicht einer Nation, von dem Mussolini sprach, wird ja auch nur durch die kompakte Masse in der Heimat und nicht durch die mehr oder weniger zerstreut im Ausland lebenden Volksgenossen bestimmt.

Immerhin steht Italien heute seiner Einwohnerzahl nach an vierter Stelle in Europa hinter Rußland, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Und das die Bevölkerungsdichte ansteigt, so nimmt es mit 134,5 Einwohnern pro Quadratkilometer sogar den zweiten Platz gleich hinter Deutschland ein, wo die Bevölkerungsdichte 136 Menschen pro Quadratkilometer beträgt. Die Bevölkerungszunahme war in den einzelnen Provinzen Italiens sehr verschieden. Am stärksten war sie, soweit die bisherigen Ergebnisse der letzten Volkszählung erkennen lassen, in Latium, was mit der rapiden Entwicklung Roms und der römischen Campagna zusammenhängt, ferner in Sardinien und in Calabrien. Für Sizilien wird merkwürdigerweise eine Abnahme der Bevölkerung um 2,5 Prozent errechnet, was jedoch nicht der tatsächlichen Entwicklung entspricht und vom Statistischen Amt mit Ungenauigkeiten der letzten Volkszählung vom Jahre 1921 erklärt wird. Beachtlich ist die starke Bevölkerungszunahme Sardinien um 12,5 Prozent, dieser Insel, die immer als das „Wunderkinder Italiens“ bezeichnet wurde und die heute annähernd eine Million Einwohner zählt. Die falschistische Regierung verläßt dort durch großzügige Bonifizierungsarbeiten neue Siedlungen zu schaffen und betont, daß noch mindestens zwei Millionen Menschen auf der Insel Platz hätten. Im industriereichen Piemont und in Venetien war dagegen die Bevölkerungszunahme außerordentlich gering, was mit der stark sinkenden Geburtenziffer zusammenhängt. Die Bevölkerungszunahme war im ärmeren Süden von jeher sehr viel stärker als im Norden, wo die modernen Anschauungen und der wirtschaftliche Fortschritt eine ähnliche Geburtenabnahme zeitigt haben, wie in anderen Ländern Europas.

Sehr hoch ist in Italien immer noch die Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Nach den letzten vom Statistischen Zentralamt veröffentlichten Ziffern sterben von 1000 lebend geborenen Kindern vor Erreichung des fünften Lebensjahres immer noch annähernd 400, d. h. vierzig Prozent. Wenn auch diese Kinder- und Säuglingssterblichkeit seit der Vorkriegszeit von etwa 50 auf 40 Prozent zurückgegangen ist, so ist sie doch immer noch als außerordentlich hoch zu bezeichnen. Rechnet man hierzu noch die Zahl der Totgeborenen, die alljährlich 40—50 000 beträgt, so beträgt etwa 4 bis 5 Proz. der Lebendgeborenen, so kommt man zu dem erschreckenden Resultat, daß annähernd die Hälfte aller in Italien zur Welt kommenden Kinder noch vor Erreichung ihres fünften Lebensjahres zum Tode verurteilt sind. Das hängt zum Teil mit den klimatisch ungünstigen Verhältnissen des Landes, zum großen Teil aber auch mit den mangelhaften hygienischen Einrichtungen und der unzureichenden Ernährungsweise zusammen. Die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit in Italien stellt eine ungeheure Vergeudung an Volkstraft dar. Sie steht in einem auffälligen Gegensatz zu einer Bevölkerungspolitik, die die Geburtenziffer mit allen Mitteln erhöhen will und geradezu Prämien für kinderreiche Familien aussetzt. Es setzt sich auch hier wieder die Richtigkeit des Grundgedankes, daß die Quantität der Feinde

der Qualität ist und daß die Natur in ihrer großen Weisheit schon ein natürliches Regulativ geschaffen hat. Die Bevölkerungspolitik Mussolinis steht und fällt mit der Frage, ob es gelingt, die Säuglings- und Kindersterblichkeit in Italien derartig zu verringern, daß die Bevölkerungszunahme, die nach den letzten Volkszählungen häufig zurückgegangen sind, wieder zunehmen.

Ein anderes Phänomen, das mit der fortschreitenden Industrialisierung des Landes in den Vordergrund rückt, ist der sog. „Urbanismus“, der starke Zugang zur Großstadt, der früher in Italien nur eine geringe Rolle spielte, der jedoch seit Kriegsende ein beachtenswertes Tempo eingeschlagen hat. Die Bevölkerung Roms hat in den letzten zehn Jahren um annähernd 45 Prozent zugenommen, wobei jedoch der Zugang von auswärts den Geburtenüberschuß um das Vielfache übertrifft. Weithin gilt für Mailand, Turin, Genua und Bologna. Noch in diesem Jahre werden drei Städte in Italien — Rom, Mailand und Neapel — die Millionengrenze überschreiten. Damit rückt das Großstadtproblem auch für Italien in den Vordergrund.

Dieser Entwicklung gegenüber war mit Regierungsmaßnahmen bisher herzlich wenig zu erreichen. Das spricht an sich durchaus noch nicht gegen die Güte der von Mussolini verfolgten Grundzüge, sondern zeigt nur, wie schwierig es ist, solche Grundzüge in die Praxis umzusetzen und sich mit behördlichen Maßnahmen einer Bewegung entgegenzustellen, in der psychologische und moralische Faktoren, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine entscheidende Rolle spielen. Wenn auch jeder Jahre noch ein zu geringes Zeitraum sind, um den Erfolg oder Mißerfolg einer Bevölkerungspolitik zu konstatieren, so muß man doch auf Grund dieser neuesten Volkszählung sagen, daß alle Bemühungen bisher negativ verlaufen sind und die demographische Entwicklung Italiens sich weiter auf absteigender Linie befindet.

## Ein Theater des guten Geschmacks.

Japanische Finanziers gründen in Wien ein Theater der Schönheit und des guten Geschmacks unter der Leitung von Ladislau Csettel und Hans Saran. Der Grundgedanke ist, dem Publikum das Beste zu bieten, was aufzutreiben ist: Schöne Menschen, glänzende Ausstattung, hervorragende Schauspieler und ein Mittel im Theater, in dem man sich wohl fühlt. Junge, unerbrauchte Leute werden auf die Bühne gestellt, und man wird sehen, daß das Publikum dankbar ist. Selbstverständlich kann man auf die heutigen Stars, meinte Csettel, nicht verzichten. Sie werden ihre Anziehungskraft ausüben, wenn man sie dem Publikum in richtiger Dosierung vorlegt. Das Programm steht auch schon fest. „Wir werden nicht mehr als drei bis vier Sachen im Jahre bringen, aber so, daß jeder sie gesehen haben muß, und zwar abwechselnd eine Revue, ein Salonstück, eine Ausstattungsoperette modernsten Stils.“ Der Fußlungstraum des Theaters, für das die Pläne bereits fertig sind, ist für tausend Personen gedacht. Es wird im japanischen Stil gehalten sein und den Namen Pagode erhalten.







